

# Armutsbericht

Das Unbehagen mit der EU steigt auch in Österreich ständig. Wenn wir heute nochmals nach einem Beitritt gefragt würden, die EU-Kräten bekämen keine Mehrheit mehr. Die Europäische Union war schon von ihrem Grundkonzept eine Gemeinschaft der Wirtschaft und keine Gemeinschaft der Europäer. Und die Konzentration des Kapitals steigt immer weiter: es war der "Sinn" der EU, das Herrschaftsmonopol der Finanzwirtschaft zu festigen und auf eine gemeinsame organisatorische Ebene zu legen: für das Finanzkapital und gegen die große Masse der Menschen in Europa. Wir merken es alle Tag für Tag, die Arbeitsbelastungen steigen, das Nettoeinkommen sinkt, die Einrichtungen des Sozialstaates werden eingeschränkt, rückgebaut, abgebaut, der Reichtum der Superreichen vermehrt sich rasant. Politisch wird dagegen kaum etwas unternommen, eine kämpferische politische Linke, die für die Interessen der arbeitenden Menschen eintritt, gibt es nicht mehr, der Klassenkampf von oben kann von den politischen Handlangern des Finanzkapitals praktisch widerspruchlos als sachliche Notwendigkeit verkauft werden.

Von Wilfried Müller aus München stammt der hier folgende Artikel über den Armutsbericht in Deutschland: seine Version des Armutsberichtes zeigt die vorhandenen und zu erwarteten Folgen der Alleinherrschaft des Finanzkapitals auf. In der Frühzeit der Arbeiterbewegung hieß die Parole, die arbeitenden Menschen hätten nichts zu verlieren, aber eine Welt zu gewinnen, heute sind wir in der Lage, dass die arbeitenden Menschen die Welt zu verlieren haben, die sie sich in den letzten 150 Jahren erkämpften, aber nichts mehr zu gewinnen.

Die deutsche Bundesregierung legte anlässlich des Armutsberichts wieder einmal Zeugnis von der Obrigkeit ab, der sie verhaftet ist: Die Politiker setzen die Agenda, nicht irgendwelche Forscher. Und wenn das Forschungsergebnis nicht konveniert, dann wird es eben zurechtgemodelt - die oberen FDP-Chargen hätten keine "Schönfärberei" durchgesetzt, nein, die umstrittenen Streichungen wären bloß "Aktualisierungen".

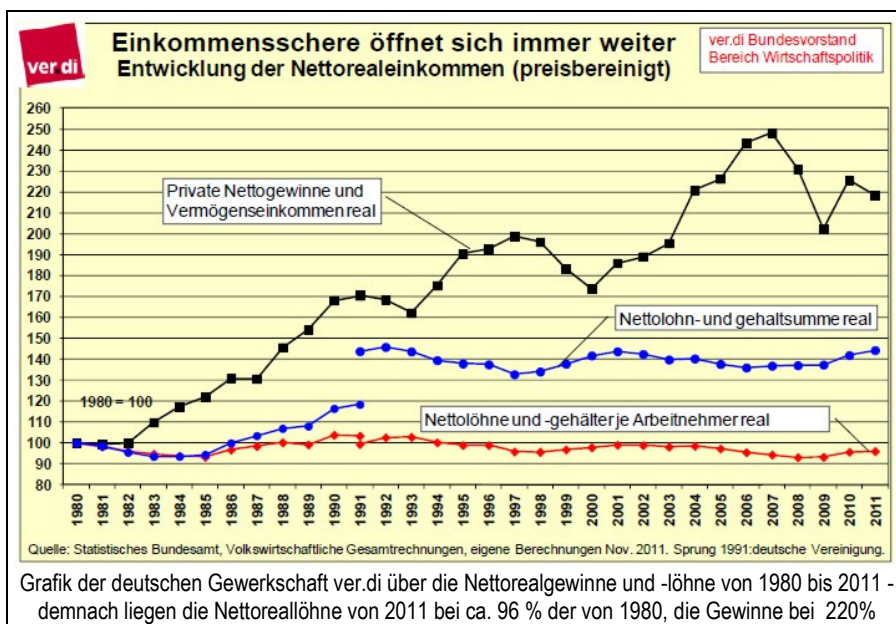
Unabhängige Stimmen wie die Süddeutsche Zeitung wagen dazu die Behauptung, ob die Gesellschaft gleicher oder ungleicher geworden ist, sei abhängig von der Wahrnehmung. Das ist nicht nachvollziehbar angesichts dieser Zahlen aus dem Armutsbericht: 1998 besaßen die reichsten 10% der Haushalte 45% des gesamten Nettovermögens, 2008 waren es 53% (beim oberen 1% ist der Zugewinn noch viel größer, die kassieren praktisch die gesamten Wohlstandsgewinne).

Dagegen besaßen die unteren 50% früher 3% und heute nur noch 1% (andere Statistiken sagen 0%, also Schulden = Guthaben). Dieser Trend läuft nicht nur über die angegebenen 10 Jahre, sondern seit 30 Jahren. In anderen Ländern ist es genauso, und in den USA sind die Zahlen noch krasser. Die deutschen Zahlen rechtfertigen allemal die Aussage, "die Privatvermögen in Deutschland sind sehr ungleich verteilt." Aber u.a. dieser Satz wurde auf Veranlassung der FDP aus dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung gestrichen.

Die Klitterungsversuche der FDP sind genauso lächerlich wie die Verharmlosungsbemühungen der CDU. Sie bieten Anlass, die Grundlage zu einem wahrheitsgetreuen Armutsbericht vorzulegen; und der gestaltet sich ganz anders. Zunächst muss man sich darüber klar sein, dass die Einkommen nur die eine Seite sind. Genauso wichtig sind die Ausgaben, bzw. die Lasten.

## Einkommen und Lasten

Der geschönte Bericht weist darauf hin, dass die Reallöhne nun 3 Jahre geringfügig gestiegen sind, während er verschweigt, dass sie immer noch niedriger liegen als im Jahr 2000, und dass sie seit 30 Jahre stagnieren. Aber das ist nur ein Aspekt der Misere. Sobald man die Ausgaben betrachtet, tun sich neue Dimensionen auf. Da merkt man erst, wie massiv wir alle armgemacht werden. Die Politik häuft ja ständig neue Schulden an. Das belastet die Bürger noch mehr als die ausbleibenden Wohlstandsgewinne.



Grafik der deutschen Gewerkschaft ver.di über die Nettoealgeinne und -löhne von 1980 bis 2011 - demnach liegen die Nettoeallöhne von 2011 bei ca. 96 % der von 1980, die Gewinne bei 220%

Die offizielle Staatsschuld von 2,5 Bio. (Stand 2013) ist dabei nur die Spitze des Eisbergs. Dazu kommen die BAD BANKS mit geschätzten 0,5 Bio.; über die tatsächlichen Zahlen wird man ja im Ungewissen gelassen. Darüber darf man nicht vergessen, dass die Deutsche Bundesbank DB in den letzten 5 Jahren auch zur BAD BANK geworden ist. Sie sitzt auf derzeit 0,8 Bio. uneinbringlichen Target-2-Krediten, die aus der Euro-Schöpfung der finanzschwa-

chen Euro-Staaten stammen. Die Europäische Zentralbank EZB hat sich sogar aus eigenem Antrieb zur BAD BANK gemacht, indem sie für 0,2 Bio. Staatsanleihen kaufte, die sonst niemand haben wollte. Zudem sitzt sie auf 1 Bio. fauler Sicherheiten, die sie im Zuge der sogenannten Liquiditätshilfe aufgenommen hat.

DB und EZB sind zusammen für eine Last von 2 Bio. gut, der vielleicht 0,5 Bio. Werhaltigkeit gegenüberstehen. Offiziell trägt Deutschland 27% davon, aber angesichts der Zahlungsunfähigkeit von Griechenland, Portugal, Spanien usw. dürfte es de facto weit über 50% werden. Grob geschätzt macht das noch 1 Bio. zu Ungunsten der deutschen Allgemeinheit. Man kann das nicht direkt der Schuldenlast zurechnen, sondern das sind uneinbringliche Forderungen, etwas, das wir hergegeben haben, und das nicht zurückkommt. Nichtsdestotrotz muss das irgendwann refinanziert werden, und dann geht es voraussichtlich über Geldschöpfung, d.h. Inflation. Es ist also eine weitere Belastung, die die Allgemeinheit ärmer macht (im Inflationsfall vor allem die Sparer).

Damit ist aber erst ein Teil von den zusätzlichen Lasten erfasst, die die Euro-Retterei verursacht. Die Bürgschaften und Rettungshilfen der Rettungsschirme auferlegen Deutschland immense Risiken, die in keiner Weise adäquat vergütet werden. Es sind Versicherungsleistungen, die zum Dumpingpreis erbracht werden. Das ist eine weitere, unkalkulierbare Belastung der Allgemeinheit. Wenn das schief geht, wird es extrem teuer. Es gibt ja keine echte Obergrenze. Dank der Europäischen Schulden-Maschine ESM können die Eurokraten Risiken auf türmen, soviel sie wollen.

### Risiken und Hypotheken

Doch selbst das ist nur ein Teil der Wahrheit. Bisher war noch nicht die Rede von den impliziten Schulden, die auch immer größer werden, und die nicht explizit in der Bilanz auftauchen. Das bezieht sich auf Pensions- und andere Zusagen, mit denen der Staat sich zu späteren Zahlungen von Pensionen usw. verpflichtet. Diese Hypotheken machen grob angesetzt das Doppelte vom ausgewiesenen Schuldenstand aus, also ca. 5 Bio. Theoretisch müssen diese Forderungen in den kommenden Jahren aufgebracht werden.

Doch angesichts der vorhandenen Schuldenlast kann der größte Teil dieser riesigen Beträge wohl nur durch Geld drucken geschöpft werden, sofern die Ansprüche nicht gar gelöscht werden. Eventuell könnte man den Generationenvertrag entsprechend ausweiten, aber der ist eh schon überstrapaziert. Man steht dann also vor der Wahl, noch höhere Steuern, noch mehr Inflation, oder die Pensionäre bekommen statt ihrer Pensionen eine Einheitsrente. Darüber darf man dann streiten, wie dieser weitere große Schritt zum Armmachen zurückgelegt werden soll.

Wer Bilanz zieht, kommt bis jetzt auf 2.5 Bio. explizite Staatsschuld, 5 Bio. implizite und 1.5 Bio. aus den BAD BANKS. Das ergibt ganz locker 9 Bio., also mehr als 100.000 Euro pro Nase. Die Risiken aus der Euro-Retterei sind dabei nicht berücksichtigt; das können noch mal ein paar Bio. werden. Schon die 100.000 pro Nase reichen, um das Armmachen voranzutreiben, egal, ob es direkte oder versteckte Schulden sind, oder ob es sich um uneintreibbare Kredite handelt. Der Betrag geht ja immer nur nach oben, und er belastet immer nur die Allgemeinheit.

Und selbst damit ist es nicht genug. Es herrscht nämlich Ausverkauf. Der Staat verscherbelt fortwährend sein Guthaben, also den Besitz der Allgemeinheit. Versorgungsunternehmen, Verkehrsbetriebe, Sozialwohnungen usw. werden privatisiert. Was noch an Substanz da ist – falls noch was da ist -, wird zu Geld gemacht. Notwendige Infrastruktur-Investitionen unterbleiben (und blöderweise wird bei öffentlichen Großprojekten immer besonders schlecht gewirtschaftet statt besonders gut). Der allgemeine Wohlstand nimmt ab, die öffentlichen Besitzstände schmelzen weg. Man kann nur schätzen, um was für Beträge es sich dabei handelt. Sicher geht das wieder in die Billionen hinein. Noch mehr Belastung für den Bürger, die in keiner Rechnung auftaucht.

### Belastungen

Als ob das nicht reichen würde, gibt es weitere Belastungen, die in keiner Rechnung auftauchen. Jetzt ist nicht die Rede von der Euro-Retterei, denn das war nur der Einstieg in die Ermächtigungsaktionen, mit denen die Euro-Politiker sich zu unseren Herren aufgeschwungen haben. Seither ersetzen sie die Marktkräfte durch immer neue politische Manipulationen und weil das ein Folgeproblem nach dem anderen aufwirft, wird immer neu manipuliert. Der Machbarkeitswahn meint, ökonomische Gesetze durch politische Beschlüsse außer Kraft setzen zu können, wodurch sich das intrinsische Risiko der Falschsteuerung immer weiter erhöht. Was der Markt regeln sollte, wird manipuliert - und im Gegenzug fehlen Regeln, wo wirklich geregelt werden müsste.

Eine der schwersten Belastungen in dieser Richtung ist die unkontrollierte Globalisierung, wo die Fehlsteuerung so viel Steuerflucht möglich macht. Mittlerweile verfolgen alle Technologiekonzerne ein Steuermodell, das die Gewinne nicht in Deutschland anfallen lässt, weil alle Waren von z.B. irischen Muttergesellschaften gekauft werden, die nur 12,5% Steuern zahlen. Über Lizenzgebühren werden die Gewinne dann noch an Gesellschaften auf z.B. Bermuda weiterverschoben, wo 0% Steuern anfallen. Die Summe der weggeschleusten Gewinne wird auf knapp 0,5 Bio. geschätzt.

Es sind Euro-Teilnehmer, die solches Steuerdumping erlauben, und die gleichzeitig ihre Entwicklung mit EU-Subventionen und Euro-Rettungsgeldern finanzieren. Also statt Firmen richtig zu besteuern und so ihre Ausgaben zu finanzieren, lassen sich die Länder von ihren EU-Nachbarn aushalten, denen sie die Firmensteuern entziehen. Man sieht daran, die Selbstermächtigung der Euro-Politiker führt nicht zu einer Bewältigung der Missstände, son-

dern sie schafft nur neue. Diese Belastung lässt sich kaum in Zahlen fassen; in jedem Fall erhöht die Willkürherrschaft der Euro-Subventions-Strategen die Belastung der Allgemeinheit substantiell.

Denn die Euro-Politik ist volksfeindlich orientiert. Zuerst kommt die Selbstermächtigung, mit der sich die Eurokraten der demokratischen Willensbildung entziehen. Danach kommt die Umverteilung, die immer mehr Vermögen von der Allgemeinheit zur Finanzwelt transferiert. Beziehungsweise (weil ja nur noch Schulden da sind) der Allgemeinheit immer neue Lasten auferlegt - bilanziert oder an der Bilanz vorbei -, und immer zugunsten der Reichen. Zuletzt kommen die Belange der Allgemeinheit; die müssen hinter diesem Umverteilungs-Reibach zurückstehen.

Das aktuellste Beispiel sind die sogenannten "Draghi-Puts". Put ist Börsenjargon und bedeutet, das Recht erwerben, ein Papier zu einem bestimmten (nicht niedrigeren) Preis zu verkaufen - nur dass die Euro-Politik dieses Recht verschenkt. Das hat der EZB-Präsident Draghi nämlich mit seinem Euro-Stabilitätsversprechen getan - ein geldwerter Vorteil für die Finanzleute, und wiederum auf Kosten der Allgemeinheit. Mit der als "Liquiditätshilfe" verharmlosten Bankenbeglückungsaktion ergibt das eine veritable Umverteilung von unten nach oben (die dritte in 5 Jahren nach Bankenretten I und Staatsretten = Bankenretten II). Draghi profiliert sich damit als Schutzpatron der Abzocker, in deren Reihen er lange genug gearbeitet hat. So bereitet er seinen alten Kumpeln das Paradies auf Erden und treibt das allgemeine Armmachen voran.

## EU und Schweiz

Bis zum nächsten Umfall, denn die politische Willkür steht noch über dem Trieb zur Umverteilung. Je nach europolitischer Gemengelage wird irgendwann der nächste "Schuldenschnitt" fällig, also das Abschreiben fauler Kredite, sprich die Realisierung der aufgelaufenen Verluste. Aber das wird dann vor allem die Allgemeinheit belasten, weil die längst den größten Teil der maroden EU-Staatsanleihen hält bzw. absichert; nicht umsonst hat man DB und EZB zu BAD BANKS gemacht. Weil der Schuldenschnitt mit einem Bekenntnis der verlorenen Mrd. verbunden sein wird (offiziell wird uns ja das Null-Verluste-Mantra vorgelogen), dürfte das vermutlich bis hinter die Bundestagswahl von 2013 aufgeschoben werden. Aber wer weiß? Hier tun sich neue Abkassiermöglichkeiten auf, es gibt doch all die interessanten Aspekte der Insidergeschäfte. Wer zeitig Bescheid weiß, kann entsprechend disponieren und einen Reibach machen. Je überraschender, desto profitabler.

Wer da meint, das wäre eine böswillige Unterstellung, der möge sich den Libor-Skandal vergegenwärtigen. Wo dran gedreht werden kann, da tun sie's, und das dürfte auch für die Insidergeschäfte gelten. Vielleicht ist das sogar ein wesentlicher Antrieb bei der europolitischen Machtergreifung? Wer da drin steckt, hat es in der Hand, sich zu bereichern. Selbstverständlich wieder auf Kosten der Allgemeinheit. Zu beziffern ist das nicht, aber es macht deutlich, wie schlecht die Position des Bürgers gegenüber Eurokraten und Banken ist. Das hat die Schweiz gerade mit einem Alternativprogramm verdeutlicht.

Sonst prescht die EU ja überall vor (auch wo es unsinnig ist), aber dort, wo es wirklich angebracht ist, hinkt sie hinterher (falls sie sich überhaupt rührt). Die Schweiz musste uns zeigen, wie der demokratische Wille funktioniert. Der vormalige "Schurkenstaat" trennt sich allmählich von den Schwarzgeld- und Verbrechensgeldanlegern. Der amerikanische (und sonst kein) Fiskus wird informiert, die deutschen Steuerhinterzieher bekommen bei fehlendem Steuerzahlungsnachweis ihren Scheck überreicht (damit sie ihr Geld nach Singapur bringen). Immerhin tut sich was - und nun noch die Boni-Bremse.

Für das entsprechende bei uns werden nicht nur 67% Zustimmung signalisiert wie in der Schweiz, sondern 89%. Vor 5 Jahren hätte es ähnliche Werte gegeben; wo haben die EU-Parlamentarier inzwischen gesteckt? Wann bringt der demokratische Overkill der EU (alles doppelt, 2 Parlamentssitze, Kommission, Ministerrat) mal eine allgemein gewollte Entscheidung zuwege? Dass jetzt die Populisten aufspringen, ist überfällig. Die Deckelung der Manager-Bezüge - wenn sie es denn wirklich durchsetzen - wäre ein Signal, dass es in die richtige Richtung geht. Oder ist die EU wirklich nur Handlanger der Wirtschaftsinteressen? Gilt dort dasselbe wie im Euroland, dass es nur um Selbstermächtigung und Lobbypolitik geht? Und wenn dem so ist, wie kann dann der Weg in die allgemeine Armut gestoppt werden?

## Belastungen

Die Wirtschaft würde es schließlich hergeben. Mit solider Finanzpolitik und einer gleich 1970 regulierten Finanzwelt gäbe es Wohlstandsgewinne für alle, und nicht nur für die Besitzenden. Aber es wurde ohne Not dereguliert, und jetzt in der Not wird nur verbal zurückreguliert, während es de facto bleibt, wie es ist. So hat die Finanzpolitik einen phantastischen Schlamassel angerichtet, und sie denkt nicht daran, zu den soliden alten Zuständen zurückzukehren. Wo es mal nach Methode Politik (=willkürliche Manipulationen ohne Ende) geht, da hat die Methode Ökonomie (=logische Folgen treten ein, solange der Markt funktioniert) keine Chance mehr. Wir sollten uns der Erkenntnis nicht verschließen, Machtergreifung und Umverteilung sind politisch so gewollt.

So wird die Politik uns wohl weitere Lasten aufbürden, noch mehr Schulden machen, immer neue Hypotheken auf die Zukunft aufnehmen, neue Kredite geben, die nicht zurückgezahlt werden, weitere faule Sicherheiten akzeptieren, Hilfsbedingungen noch mehr aufweichen, zusätzliche Haftungsrisiken aller Art eingehen usw. usf. Die meisten dieser Lasten werden wieder schleichend und heimlich daherkommen und in die Zukunft verlagert sein. Dabei

ist die Größenordnung jetzt schon erschreckend. Die Last von 100.000 Euro pro Person türmt sich seit 30 Jahren mit einer Rate von etwa 2500 pro Jahr und pro Person auf. Die letzten 5 Jahre waren es eher 5000, und eine Überschlagsrechnung verdeutlicht die Dimension des Problems. 5.000 sind bei 20.000 Jahreseinkommen pro Person schlappe 25% (wegen der Unwägbarkeiten sind genauere Zahlen nicht sinnvoll, aber der Schätzwert 1/4 dürfte hinkommen).

Um die Zunahme der Schuldenlast auszugleichen, müsste jeder Deutsche real um die 25% mehr Einkommen haben. 25%, das ist also die Rate, mit der wir uns der Armut nähern. Es ist schließlich egal, ob der einzelne Bürger die Schulden macht, oder ob der Staat das für ihn tut. Der notleidende Staat ist unser Staat, und seine Schulden sind unsere Schulden. Halten wir fest:

➤ Das reiche obere 1% kassiert die gesamten Wohlstandsgewinne ab (das schaffen die Reichen weltweit). Bei uns in Deutschland schaffen sie sich dank Draghi & Co. eine noch profitablere Existenz mit kostenlosen Staatsbürgerschaften für ihre Finanzrisiken. Erst stehlen sie der Allgemeinheit jeglichen Anteil an den Profiten, dannbürden sie ihr obendrein Lasten auf.

➤ Die Normalbürger leben (in einer Welt des steigenden Wohlstands) seit 30 Jahren mit stagnierenden Realeinkommen. Diese Einkommen überhaupt aufrechtzuerhalten, wird durch immer größere Hypotheken möglich gemacht, die jeden einzelnen Bundesbürger mit einem 6-stelligen Schuldenbetrag belasten. Die Abkassiererei von oben bedingt dreimal mehr Schuldenmacherei als den Bürgern bewusst ist; das Unwissen über ihr heimliches Verarmen hält sie ruhig, und nach ihrer Zustimmung werden sie ohnehin nicht gefragt.

➤ Die nächste Generation wird die Schulden erben und voraussichtlich jenes Limit erreichen, wo die unsoliden Staatsfinanzierungen kollabieren, und ab dem keine Schulden mehr machbar sind. Diese Generation muss dann finanzieren, was jetzt abkassiert wird. Das wird die GENERATION ARM.

So lautet der realistische Armutsbericht.